

Beilage: Preis
Im Jahr und sechs Monaten 2.50 M.
Im Jahr und drei Monaten 1.50 M.
Einzelne Nummern 5 Pfennig
Verlags-Verhandlung mit
Herrn, Leipzig, Neudruckstr. 11.
Verlagstag: 7. 158.
Gratis: Familienbeilage.
Zusatz: Sonntagsblatt.

Erste Ausgabe. **Salzburger Zeitung.**

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Anzeige: Gebilbet
Wer die häufigsten Artikel oder deren
Menge für kurze u. lang. Zeit
unter 10 u. 20 u. 30 u. 40 u. 50 u. 60
Reclamen am liebsten besorgen
kann, wolle er sich an den
Verleger wenden.
Kundliche Anzeigen bei der Expedition
und allen Anzeigen-Expeditoren.
Kundliche Anzeigen bei der Expedition
und allen Anzeigen-Expeditoren.

Nummer 237.

Halle, Montag, 9. Oktober 1893.

185. Jahrgang.

Telegraphische Adresse: **Courier** - Halle a. S.

Zur Reichsfinanzreform.

Die Nothwendigkeit der Erneuerung der eigenen Einnahmen des Reichs liegt so auf der Hand, daß nicht alle Gegner der Reichsfinanzreform sich auf die rein negative Kritik beschränken, sondern mit positiven Vorschlägen hervortreten zu sollen glauben. Sie begreifen doch, daß, nachdem das Reich durch die Handelsverträge seine Einnahmen wesentlich vermindert und seine Ausgaben durch die Armeeform um etwa 56 Millionen hat vermehren müssen, irgend ein Ersatz hierfür zu beschaffen ist. Als Mittel zur Deckung des Mehrbedarfs im Reich wird demzufolge auf den 1887 verfolgten Gedanken einer Reichsfinanzreform zurückgegriffen. Die Gründe, welche schon bei früheren Gelegenheiten gegen die Einführung einer Reichsfinanzreform im Reichstage geltend gemacht sind, haben, nachdem inzwischen die Forderung einer Reform der Einkommensteuer in Preußen verwirklicht ist, nur noch an Gewicht gewonnen. Schon die praktische Durchführung des Gedanken, welche bei der Reichsreform verlobt worden progressive Einkommensteuer herbeizuführen, heißt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Als Aufschlag zu den Landeseinkommensteuern ließe sich die Reichsfinanzreform schon wegen der Verschiedenheit der Steuerkräfte und der sonstigen Einrichtung der verschiedenen Einkommensteuern nicht gestalten, ganz abgesehen davon, daß einige Staaten, wie Bayern, Württemberg, die beiden Mecklenburg und andere eine allgemeine Einkommensteuer nicht besitzen. Eine besondere Reichsfinanzreform mit eigener Veranlagung und Erhebung neben der Landeseinkommensteuer würde aber einen förmlichen Eingriff in die Steuerhoheit der Einzelstaaten bedeuten, daß schon aus diesem Grunde an die Einführung des Planes, welcher aus dem Steuerhoheit in höchst unerwünschter Weise komplizieren müßte, nicht zu denken sein würde. Endlich kommt in Betracht, daß die Staats- und Gemeindefinanzen ohne in vollem Maße angepaßt werden muß, ihre Zweckmäßigkeit für Reichszwecke mithin die Mittel zur Deckung der von den Staaten und Gemeinden zu lösenden Kulturaufgaben in der unerwünschten Weise beschränkt müßte.

Abgesehen von der Unangbarkeit des Weges aus technischen und finanziellen Gründen würde die Verwirklichung desselben auch das direkte Gegenstück derjenigen finanzpolitischen Ziele bedeuten, welche bei der Reichsreform verfolgt worden. Denn diese besteht, durch Vereinfachung der nur vorwiegend als zur Schaffung ausreichender Einnahmen des Reiches gedachten Materialumlagen die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten zu erhalten und zu sichern. Nachdem nun den letzteren die in den Hölzen und indirekten Steuern liegenden Einnahmequellen zu Gunsten des Reichs entzogen sind, ist es unerlässlich, daß ihnen zur Erfüllung der ihnen obliegenden wichtigen staatlichen Aufgaben wenigstens die übrigen Staatsvermögensquellen voll verbleiben, sonst müßte sie außer Stande sein, die geistigen und materiellen Interessen des Landes und Volkes den Bedürfnissen entsprechend zu pflegen oder einer unvollständigen Zerrüttung der eigenen Finanzen ausgesetzt werden.

Die gleiche schlimme Nachwirkung würde, wie dies der Bayerische Finanzminister v. Hübner in bairischer Landtage in der klaren und überzeugenden Weise darzulegen hat, eintreten, wollte man nach einem anderen Vorschlage Deckung für den Mehrbedarf im Reich durch Erhöhung der Materialumlagen suchen. Abgesehen von der Fortdauer von Schwankungen, welche den Bundesstaaten eine geordnete Finanzwirtschaft zur Unmöglichkeit machen würde, hätte das nichts anderes, als die Bundesstaaten auf entsprechende Anspannung ihrer eigenen Steuerkraft anzuweisen, ihnen einen Theil der für ihre Zwecke bestimmten und erforderlichen Finanzquellen entziehen und sie vor die Wahl gemeiner Nachrückzahlung ihrer eigenen Aufgaben oder Erhöhung der eigenen Steuern stellen. Hierzu führen die „D. P. N.“ des Weiteren Folgendes aus:

„Was aber das Reich die Bundesstaaten in solche Zwangslage versetzt, so würde es selbst die Voraussetzung sein, auf welcher die föderative Gestaltung des Reiches beruht. Nur unter der Voraussetzung harmonischen Zusammenwirkens zwischen Reich und Staaten ist das föderative System aufrecht zu erhalten. Greift das Reich in dieser Weise ein, so wird die föderative Gestaltung ein, so bringt es unerbittliche Zustände hervor, welche schließlich von selbst zu einer Gefährdung des föderativen Systems nach der einen oder der anderen Richtung drängen. Es läge daher die Gefahr einer ersten Schädigung des föderativen Systems vor, wollte man dem Reich die Rolle eines finanziellen Stützpunktes oder die Rolle eines Hindernisses der kulturellen Entwicklung in den Einzelstaaten anweisen. Von der Rückwirkung auf die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten werden endlich so weite Kreise der Bevölkerung berührt werden, daß gegen die dadurch hervorgerufenen Unzufriedenheit das jetzt in den Kreisen der Zahlreichen Meinungsverschiedenen gegen die Reichsreform vorherrschende Mißbehagen weit ausbreiten würde.“

Es ist zu hoffen, daß diese so nahe liegenden Erwägungen im deutschen Volke und in seiner Vertretung auf fruchtbaren Boden fallen, und daß man in den weiteren Reichstag begreifen wird, daß es bei der geplanten Reichsreform sich nicht bloß allein um finanzielle Fragen im engeren Sinne oder gar um fiskalische Gelüste handelt, sondern um höchst wichtige nationale Fragen, deren Lösung unaufschiebbar geworden ist.

Man weiß nicht, was man von Parteien und Vorkämpfern halten soll, welche einer solchen Lage des Vaterlandes gegenüber nicht weiter zu thun wissen, als jeden Vorschlag der verbindlichen Regierung, wie immer er gestaltet ist, zurückzuweisen und entweder theoretisch gar keine Vortheile wissen, oder solche Propositionen machen, die gänzlich undurchführbar sind. Von dem gefundenen Sinne des deutschen Volkes darf man annehmen, daß eine solche Opposition nicht hindern wird, die vorstehend bezeichnete, nicht willkürlich erfindene finanzielle Reform des Reichs und der Einzelstaaten zu erkennen und auf ihre Verwirklichung hinzuwirken.

Man darf dessen gewiß sein, daß die Reichstagsabgeordneten, welche für eine engere Verknüpfung mit dem Reich, sich die Unterstützung versprochen haben, die mit Abnahme der Regierungsvorlagen auf ihre Deputationspflichten ausüben würden und daß es unter diesen Umständen der Opposition kaum mehr sehr schwer fallen dürfte, viel Anhang in anderen Parteien zu gewinnen.

Spanien und Marokko.

Die Anknüpfung der marokkanischen Frage durch Spanien hat in der diplomatischen Welt eine Bewegung hervorgerufen. Aus Madrid wurde bereits gemeldet, daß die Vertreter mehrerer Mächte mit dem spanischen Minister des Auswärtigen konferirt haben. Und dabei dürfte die Sache überhaupt ihr Ziel haben, denn das militärische Eingreifen Spaniens auf marokkanischem Boden muß unter allen Umständen zu weitgehenden Konsequenzen führen, da Spanien wohl kaum für nichts und wieder nichts sich in die Kosten und möglicherweise auch Opfer einer bescheidenen Expedition fügen, sondern danach trachten wird, daß vor seiner Thüre dauernd Ruhe und Ordnung herrsche. In dieser Ausübung eines gleichsam natürlichen Rechtes dürfte sich Spanien auch kaum durch den Einspruch einer fremden Macht beirren lassen, namentlich wenn Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß solche Einsprüche nur zur Wahrung von Konkurrenzverhältnissen dienen sollen, welche daran Anstoß nehmen, daß Spanien seinen Einfluß in Marokko auf sich zu erhalten und zu vergrößern aufhört. Spaniens jetziger marokkanischer Besitzstand der sich auf Ceuta, Tetuan, Melilla und einige andere besetzte Küstenpunkte — Prefidios — beschränkt, bietet zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig, und kann gewissermaßen nur als Anweisung auf die Zukunft gelten. Als solche wird er auch von allen spanischen Politikern und der öffentlichen Meinung des Landes betrachtet. Mit eifrigerem Anstrengen haben deshalb von jeher die Madrider Staatsmänner über Alles, was Marokko anging, gewacht, und insbesondere den Reaktionen der französischen Politik zur Vorsicht von „Grenzreaktionen“ im Westen Algeriens fremdenartige Anmerkungen gemacht.

Wenn nun jetzt die Entsendung spanischer Streikräfte zur Rückgewinnung der künftigen Angreifer von Melilla einigen fremdmächtigen Vertretern in Madrid den Anstoß gegeben hat, mit dem Minister des Auswärtigen zu konferiren, so wird es sich dabei zweifellos nicht um den konkreten Fall, sondern um Erwägungen gehandelt haben, welche in der allgemeinen politischen Lage ihre Erklärung finden. Marokko bildet ein höchst bedeutendes Glied in der Kette der Faktoren einer aktiven Mittelmeerpolitik; die Macht, welche daselbst vor ihren Konkurrenten den Vorprung gewinnt, erhält dadurch eine Stellung, welche ihr die Ausübung eines entscheidenden Einflusses auf alle Entwicklungsvorgänge namentlich im westlichen Theile des Mittelmeeres sichert. Wenn Frankreich ein Interesse daran nimmt, dem marokkanischen Spanien entgegenzutreten, so führt sich umgekehrt die britische Staatskraft bemogen, Spanien in Weltmachtmachung berechtigter Ansprüche gewähren zu lassen, wonach gar ihm dabei moralische Unterstützung zu leisten. Im Londoner Foreign Office hat man die Intrigue, welche französischerseits vor einigen Monaten gegen die nach New entandene englische Mission ins Werk gesetzt wurden, noch keineswegs aus dem Gedächtnis verloren, und wenn nachträglich Londoner Präferenzen in diesem besonderen Falle gegen unterdrückt sind, so würde England von seinem Interessenstandpunkt nicht einmal dagegen etwas Bedenken einwenden finden, daß Spanien eine Schutzpflicht in und über Marokko anträte. Somet sind die Dinge nur zwar noch nicht gegeben, es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Madrider Politiker den Genuß der Entwicklung in Marokko zu forciren trachten sollten. Immerhin gewinnt der Zwischenfall von Melilla in einer Zeit, wo auch sonst im Mittelmeer so manches Neue und Interessante sich abspielt, eine mehr als alltägliche Bedeutung.

Aus den amtlichen politischen Kreisen in Paris und London werden Einzelheiten über die Madrider Konferenzen und den derzeitigen Stand der Dinge in Marokko überaus bekannt. Bekanntlich wurden am vergangenen Mittwoch die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens vor dem spanischen Minister des Auswärtigen, Senor Moret Vredenberg, empfangen. Der Minister erteilte den fremdmächtigen Diplomaten beruhigende Aufklärungen hinsichtlich der von Spanien zu befolgenden marokkanischen Politik und erklärte insbesondere, daß Spanien die strikte Aufrechterhaltung des afrikanischen status quo erstrebe. Nichtsdestoweniger würde die Erbauung von Forts mit allem Nachdruck fortgesetzt und für erneute Angriffe würden die Mauern strengstens geschützt werden. Im weitern sprach sich Herr Moret Vredenberg dahin aus, daß die Regierung durch ihren in Marokko beglaubigten Vertreter volle Genehmigung erteilt habe und daß sie nach dem afrikanischen Aktionsplan ausgeschickten Truppen nur eben hinreichend wahren, den spanischen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleiern. Alle weiteren Entschlüsse der spanischen Politik hingen gänzlich von dem Verhalten der Mächte ab.

Wichtiges Moment war die Erwägung analoger Anschauungen huldigen und namentlich jeder Hineintragung des Kampfes in das Innere Marokkos abhold sein, da die Opfer an Geld und Menschen in keinem Verhältnis zu dem möglicherweise zu erlangenden Vortheile ständen. Demungeachtet kann man aus dem vorstehend Mitgetheilten nichts herauslesen, was eine im Voraus verbindende Verpflichtung Spaniens auslöse, sich in seiner marokkanischen Aktion durch andere Erwägungen als die seines eigenen direkten Interesses leiten zu lassen. Hieraus wird auch der spanischen Regierung kein Vorwurf zu machen sein, da keine Staatsangelegenheit werden darf, in Konflikten mit der vorliegenden, irgend andere Geschäfte als seine eigenen zu befragen. Man wird übrigens bemerkt haben, daß der Kreis der eingangs erwähnten, beim spanischen Mi-

nister des Auswärtigen erschienenen fremdmächtigen Vertreter sich auf die afrikanischen Kolonialmächte beschränkt, mit alleiniger Ausnahme Portugals, das seit Jahrzehnten und länger eine Politik strengster Zurückgezogenheit verfolgt.
* Nach größerer Geschäftigkeit als im Madrider Auswärtigen Amt scheint im Madrider Kriegsministerium zu herrschen. Die daselbst vorbereiteten Aktionen lassen erkennen, daß man sich auf alle Eventualitäten einrichtet. Die Entsendung des gesamten andalusischen Armeevorsposten erschiene das Programm der militärischen Vorkehrungen bei Weitem nicht. Vielmehr werden unter der Hand alle Einleitungen getroffen, um nötigenfalls sofort weitere und zahlreiche Truppenabschübe ins Werk setzen zu können. Man geht dabei annehmend von dem Grundgedanke aus, Spanien werde auch durch internationalen Gesichtspunkte aus umso rascher zum Ziele kommen, je impetuosere Streitkräfte es auf marokkanischem Boden verjammelt.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser ist gestern Abend kurz nach 8 Uhr unter dem Jubel der zahlreich herbeigekommenen Menge von Trabanten abgereist. Als sich der Zug in Bewegung setzte, stimmte das Publikum die Nationalhymne an. Heute Vormittag wird der Kaiser von Rom in Gerauwalde eintreffen und sofort zur Abhaltung von Jagden nach Jagdschloß Hubertusstock in der Ostpreußen weiterfahren.

* Die Kaiserin begibt am Sonnabend die Kaufmannsstellung von Eduard Schulte (Unter den Linden 1) mit einem längeren Besuche, wobei die Emalien Fabrikanten, die Fabrik von Frieda Wenzhausen und die spanischen Weiler Krohla, Salinas und Serra den besonderen Beifall der hohen Frau ernetzen. Dem Besuchen nach wollte die Kaiserin sich heute früh von Potsdam nach Gerauwalde und von dort nach Hubertusstock begeben, um mit ihrem erlauchten Gemahl zusammenzutreffen.

* Sonnabend Nachmittag verstarb der General der Kavallerie, General-Adjutant S. Majestät des Kaisers, **von Verden**, Kommandirender General des 3. Armeekorps.
* Nach einer am 6. d. M. veröffentlichten Mitteilung des Auswärtigen Amt hat der General Joaquin Crespo in Caracas dem Kaiser angesagt, daß ihm die Geographenwelt in den Vereinigten Staaten von Venezuela aus unter der neuen Verfassung bis zur jeweiligen Neuwahl eines Präsidenten der Neuwelt übertragen worden ist. S. Majestät haben hierauf dem General als auch fernerhin im Besitz der Vorkontrahierung beifällig anerkannt.

* In dieser Woche werden Delegation aus dem Reichsamt des Innern und aus dem Handelsministerium zusammenkommen, um die Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Verhandlungen, betreffend die Ausnahmestimmungen über die Gewerbesteuer, zu besprechen und sich über die eventuell dem Bundesrathe zu machenden Vorschläge zu einigen.

* Dem Vernehmen nach soll es feststehen, daß dem Reichstage bei seinem Zukunftsritt zugleich mit dem Etat für 1894/95 die Steuerverordnungen zugehen werden. Es soll in der Vorrede liegen, in einer besonderen Denkschrift die Entwicklung des Reichssteuerwesens bis zu dem jüngsten Finanztag dargelegt zu werden und die Mittel zur Deckung der letzteren des Ministers zu erläutern, ähnlich wie dies in der Denkschrift zu der Steuerreform in Preußen geschehen ist. Für die Städtebeiträge würde damit eine breite Basis zur Erörterung der Finanzlage des Reichs gegeben sein.

Ein Moment, welches auf die Ausgabestände des Reichshaushaltetats noch für längere Jahre einen erheblichen Einfluß ausüben wird, bildet die Arbeiterversicherung. Sie wird auch im Etat für 1894/95 gegenüber dem für 1893/94 mit einigen Millionen neu belastet. Der Baukosten der kaiserlichen Wohnhäuser wird in der Position für den Aufbruch des Reichs bei der Invaliditäts- und Altersversicherung zur Erscheinung kommen. Diese Position war zuerst in dem Etat für 1891/92 und zwar mit 6,2 Millionen eingestellt, wurde 1892/93 auf 9,2 Millionen erhöht, um im Etat für 1893/94 die Höhe von 12,5 Millionen zu erreichen. Man erhofft, daß die jährlichen Ausgaben etwa 3 Millionen betragen wird. Nun hätte sich zwar für 1892/93 herausgestellt, daß die wirklichen Ausgaben gegen den Etatssatz etwas zurückgeblieben waren, man wird aber bei der Durchführung der selben weiterer Anlässe nicht außer Acht lassen dürfen, daß die Invaliditätsversicherung, welche auch nach den Ueberlegungsstimmungen erst für den Jahre 1892 zur Geltung gekommen ist, nicht gleich ihre volle finanzielle Wirkung ausüben hat. Im Uebrigen wird der Etat für 1894/95 der letzte sein, in welchem für die Invaliditätsversicherung der Ueberlegungszeit des Reichsaushalts ausgenommen werden wird. Das Gesetz vom 22. Juli 1889 in Anlage 1889 in Kraft getreten. Die Ausgaben betragen bei der Invaliditätsversicherung fünf Millionen jährlich in 47 Millionen. Im die Mitte des Jahres 1895 würde also diese Partei abgelauten sein. Neben der Position für den Reichsaushalt bei der Invaliditäts- und Altersversicherung hat auch der Etat für das Reichsversicherungsamt alljährlich Erhebungen erhalten. Im Etat für 1893/94 belief sich dieser Etat noch auf rund 366 000 M. für 1894/95 waren 12 Millionen in Aufschlag gebracht. Auch diese Summe dürfte sich für das nächste Jahr etwas heigern, wenigstens die diesjährige Erhöhung nicht die Beträge der letzten Jahre erreichen wird. Schließlich ist nicht zu übersehen, daß auch die einzelnen Reichsverwaltungen, namentlich Militär- und Marineverwaltungen, ganz beträchtliche Summen für die Versicherung der bei ihnen der Versicherung verpflichteten Personen ausgeben müssen. Auch diese dürften wieder im Etat für 1894/95 wenn auch unbedeutende Erhöhungen aufweisen können.

* Auf die im kaiserlichen Abgeordnetenhaus von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation betreffend **Soldatenmishandlungen** erwiderte in der Sonnabendigung der Kriegsminister Freiherr v. A. daß auf die Ausführungen des Abgeordneten v. Hollar, daß von diesem nicht Allenfeld ist, jedoch beruhe die Veröffentlichung derselben auf Unbestimmtheit. Das Reichsamtliche zur Auswertung des Uebels solcher Mishandlungen, namentlich Militär- und Marineverwaltungen, ganz beträchtliche Summen für die Versicherung der bei ihnen der Versicherung verpflichteten Personen ausgeben müssen. Auch diese dürften wieder im Etat für 1894/95 wenn auch unbedeutende Erhöhungen aufweisen können.

* In den weinbaudenden Landtheilen des Reichs, insbesondere im Rheingebiet und an der Mosel, in Pfalz, der Saar, Mosel, Rhein, Mosel,

Deutscheische Banken sind Italiensche Bahnen wie italienische...

Produktberichte. Der heutige Markt eröffnete in ruhiger, fester Haltung...

Magdeburger Börse vom 7. Oktober.

Table with 4 columns: Name, Quantity, Price, and Unit. Lists various commodities like wheat, oil, and sugar.

Leipziger Börse vom 7. Oktober.

Table with 4 columns: Name, Quantity, Price, and Unit. Lists various commodities like wheat, oil, and sugar.

Waaren- und Produktberichte.

Getreide. Weizen m. Rücklauf von Ausland... Rohwolle. Baumwolle...

Stals per 1000 kg. loco unversch. Termine... Eisenbahn...

Stals per 1000 kg. loco unversch. Termine... Eisenbahn... Zinn...

Stals per 1000 kg. loco unversch. Termine... Eisenbahn... Zinn...

Stals per 1000 kg. loco unversch. Termine... Eisenbahn... Zinn...

Schwaburg, 7. Oktober. Spiritus 212 loco... Petroleum...

Schwaburg, 7. Oktober. Spiritus 212 loco... Petroleum... Zinn...

Schwaburg, 7. Oktober. Spiritus 212 loco... Petroleum... Zinn...

Schwaburg, 7. Oktober. Spiritus 212 loco... Petroleum... Zinn...

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 7. Oktober.

Table with 4 columns: Name, Quantity, Price, and Unit. Lists various stocks and bonds.

Städtische Aktien.

Table with 4 columns: Name, Quantity, Price, and Unit. Lists various municipal stocks.

Industrie-Aktien.

Table with 4 columns: Name, Quantity, Price, and Unit. Lists various industrial stocks.